

Taubert darf Ärztemangel nicht länger ignorieren

Mittwoch, 21 Mai 2014

Das Problem des Ärztemangels ist in vielen Regionen Deutschlands bereits gegenwärtig, vor allem im ländlichen Raum Thüringens stellt er ein erstzunehmendes Problem dar. Ein erster Lösungsansatz sollte laut Christian Gumprecht, dem gesundheitspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, mit dem Ärztefonds so schnell wie möglich geschaffen werden: „Obwohl die rechtlichen und politischen Voraussetzungen für den Ärztefonds seit langem geschaffen sind, ist das Sozialministerium unter Heike Taubert weiter untätig. Die Auszahlungen lassen weiter auf sich warten.“

Ziel des von CDU-Politiker Gumprecht geforderten Ärztefonds soll die Förderung der ambulanten Versorgung durch Praxiszuschüsse sein. „Seit Monaten kündigt dies das Sozialministerium an. Passiert ist aber noch nichts“, kritisiert der CDU-Gesundheitsexperte heute in Erfurt. Das Förderprogramm soll die Nachbesetzung und Neuansiedlung von Ärzten im ländlichen Raum sicherstellen. Zu den zu schaffenden attraktiven Arbeitsbedingungen gehört neben infrastrukturellen Anreizen in der Kommune auch der nötige finanzielle Hintergrund. Der Sprecher für Soziales, Familie und Gesundheit fordert deshalb eine baldige Umsetzung des Fonds: „Es wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung, um das Problem des Ärztemangels anzugehen und zu beheben.“

Nachholbedarf sieht der CDU-Gesundheitsexperte ebenso bei der „Stiftung zur Förderung ambulanter ärztlicher Versorgung“. Sie war 2009 vom Freistaat Thüringen und der Kassenärztlichen Vereinigung gegründet worden. Auch ihr Ziel ist die u.a. die Unterstützung der Neuansiedelung von Ärzten in ländlichen Gemeinden.

Seit Jahren ist bekannt, dass der Mangel an Ärzten auf dem Land aufgrund von demografischem Wandel, einem Anstieg des Durchschnittsalters der Mediziner sowie einer Erhöhung der Ruheständler und in Teilzeit arbeitenden Ärzte zu einem erst zu nehmenden Problem werden kann. „Es ist nicht nachzuvollziehen, dass bereits gewährte stehende Fördermittel nicht abgerufen werden und damit dem Ärztemangel nicht entgegen gesteuert wird“, zeigt sich Gumprecht enttäuscht von der Arbeit des von SPD-Politikerin Heike Taubert geführten Ministeriums.